

Antrag A3: Corona-Aufarbeitung

Antragsteller*in:	Lena Saniye Güngör, Ralf Plötner
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **„Lernen aus der Corona-Pandemie: Für ein sicheres und** 2 **soziales Pandemiemanagement“**

3 Knapp 3 Jahre befand sich Thüringen aufgrund des bedrohlichen SARS-CoV-2 Virus in
4 einer pandemischen Lage. Innerhalb dieses Zeitraumes traf die Bundesregierung und die
5 damalige rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen zahlreiche politische
6 Entscheidungen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung, die mitunter auf den Alltag von
7 uns allen erhebliche Auswirkungen hatten.

8 Im Verlaufe der Pandemie ließ sich feststellen, dass die Notlage für einzelne
9 politische Akteur*innen und Konzerne zur Bereicherung genutzt wurde, indem sie mit
10 der Gesundheit der Bürger*innen spielten und satte Gewinne z. B. durch Masken-Deals
11 einfuhren. Es wurde einmal mehr deutlich, dass eine bessere Ausstattung mit
12 finanziellen Möglichkeiten auch Zugang zu einem besseren Gesundheitsschutz bedeutet.
13 Auch der Flickenteppich an Entscheidungsprozessen in den Bundesländern und das
14 uneinheitliche Zusammenspiel infolge ineffizienter und teils wenig transparenter
15 Entscheidungsstrukturen auf Bundesebene, wie die Runde der Ministerpräsidentinnen und
16 Ministerpräsidenten, führte innerhalb der Bevölkerung zu Skepsis und mangelnder
17 Akzeptanz einzelner Schutzmaßnahmen.

18 Vor diesen Hintergrund unterstreicht der Landesverband Die Linke Thüringen folgende
19 Forderungen und Positionen, um aus der Vergangenheit zu lernen und Thüringen für
20 zukünftige Pandemien zu stärken:

- 21 1. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es eine auf wissenschaftlicher Expertise
22 begründete Aufarbeitung der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen gibt. Dafür
23 braucht es auf Bundesebene die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die
24 systematisch die Gesamtheit der Entscheidungsprozesse und Auswirkungen in den
25 Blick nimmt, bewertet und Schlussfolgerungen zieht.
- 26 2. Wir verurteilen die persönliche Bereicherung Einzelner, die während der Pandemie
27 stattfand und fordern eine lückenlose Aufklärung. Politiker*innen dürfen nicht
28 käuflich sein, ihrer politischen Entscheidungs- und Handlungsmaxime muss das
29 Gemeinwohl und der Schutz der Bevölkerung zugrunde liegen. Um dem Missbrauch und
30 der Dominanz von Einzelinteressen durch Lobbyismus vorzubeugen braucht es
31 deshalb vollständige Transparenz mithilfe einer Novellierung des
32 Lobbyregistergesetzes und verbindliche Richtlinien für die Lobbyarbeit.
- 33 3. Während der Pandemie zeigten sich besonders deutlich die Konsequenzen des
34 Sparkurses der Bundesregierungen und einer am Profitinteresse ausgerichteten
35 Bundesgesundheitspolitik, die sich nicht zuletzt auf eine Privatisierungswelle
36 im Krankenhauswesen stützte. Das Zusammenspiel dieser neoliberalen Auswüchse
37 reduzierte über Jahre hinweg das Gesundheitswesen auf ein spärliches Minimum,
38 wodurch es sich als kaum gewappnet für einen derartigen Krisenfall wie die
39 Corona-Pandemie erwies. Eine flächendeckende und krisensichere
40 Versorgungsstruktur -gerade auch im ländlichen Raum von Thüringen- setzt darum

- 41 voraus, dass hier und jetzt ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen auf die Beine
42 gestellt wird. Dafür bedarf es laut uns als Linke Thüringen einer
43 gesundheitspolitischen Ausrichtung, die sich am Gemeinwohl orientiert und nicht
44 an Profitinteresse. Ein erster wesentlicher Schritt ist eine Abkehr des an
45 Gewinn orientierten Fallkostenpauschalen-System zur Vergütung der Betriebskosten
46 der Krankenhäuser, hin zu einem System der leistungserbringungsunabhängigen
47 Vergütung, ergänzt mit der Einführung von Qualitätskriterien für die
48 Leistungserbringung.
- 49 4. Das Infektionsschutzgesetz auf Bundesebene ist der zentrale Leitfaden für die
50 Frage, wie wir in Deutschland zukünftigen Pandemien begegnen und die Gesundheit
51 der Bürger*innen schützen und definiert darüber hinaus den Handlungsspielraum
52 für die Pandemie-Politik in Thüringen. Der Verlauf der Corona-Pandemie hat
53 Schwachstellen und Justierungsbedarf innerhalb des Gesetzes offengelegt. Wir
54 sehen deshalb eine Novellierung des Infektionsschutzgesetzes auf Bundesebene als
55 dringend notwendig.
- 56 5. Thüringen braucht ein Gesetz für einen modernen öffentlichen Gesundheitsdienst,
57 um im Falle einer Pandemie landesweit harmonisiert zu reagieren, damit alle
58 Menschen die gleichen Chancen auf den Schutz ihrer Gesundheit haben.
- 59 6. Die Pandemie war eine besondere Belastung für Kinder und Jugendliche. Längere
60 Schulschließungen sowie Distanzunterricht und die Kontakteinschränkungen
61 beeinträchtigten nicht nur die Lernfortschritte, sondern führten auch zu
62 fehlenden sozialen Kontakten mit Freunden und Familienangehörigen. Darum setzen
63 wir uns dafür ein, dass thüringenweit Schulprojekte zur mentalen Gesundheit auf
64 den Weg gebracht werden. Diese Projekte sollen gemeinsam mit Schüler*innen
65 gestaltet werden, um eine bessere Aufklärung über psychische Probleme und
66 Krankheiten sowie angemessene Präventionsarbeit zu gewährleisten.

Begründung

Erfolgt mündlich